

INHALTSVERZEICHNIS

0. Einleitung	1
I. Auf der Suche nach Anerkennung	
1. Das Problem sozialer Ordnung	15
2. Anerkennung unter den Bedingungen der Moderne	30
3. Anerkennung zwischen Individuum und Gemeinschaft – zwei klassische, soziologische Antworten (Ferdinand Tönnies und Emile Durkheim)	46
3.1. Ferdinand Tönnies	47
3.2. Emile Durkheim	57
4. Zum Prozess der Individualisierung: Das Individuum zwischen Freiheit und Zwang	69
5. Gemeinschaft zwischen Verlust und Liberalisierung – begriffliche und empirische Annäherungen	89
II. Theorie der Anerkennung	
0. Einleitung	106
1. Anerkennung als „sittliches Stufenkonzept“ (G.W.F. Hegel)	108
1.1. Philosophiegeschichtliche Einordnung	108
1.2. Anerkennung als Resultat wirklichen Selbstbewusstseins	110
1.3. Anerkennung im Kontext der Sittlichkeit	115
1.3.1. Anerkennung im Kontext der Familie	117
1.3.2. Anerkennung im Kontext von bürgerlicher Gesellschaft und Staat	118
1.4. Fazit	126
2. Gegenwärtige Sozialtheorien der Anerkennung (Axel Honneth, Rainer Forst)	
2.1. Die sozialetische Dimension von Anerkennung (Axel Honneth)	129
2.1.1. Zum Anerkennungsverhältnis der Liebe	132
2.1.2. Zum Anerkennungsverhältnis des Rechts	136
2.1.3. Zum Anerkennungsverhältnis sozialer Wertschätzung	141
2.1.4. Anerkennung als moralische Logik sozialer Konflikte	144

<i>VI</i>	<i>Inhalt</i>
2.2. „Kontexte der Gerechtigkeit“ (Rainer Forst)	149
2.2.1. Ethische Person	151
2.2.2. Rechtsperson	154
2.2.3. Staatsbürger	159
2.2.4. Moralische Person	163
3. Soziologie der Anerkennung – Bündelung und Positionierung	
3.1. Zur sozialen Rationalität intersubjektiver Anerkennung	167
3.2. Lokalisierung der Fragestellung	173
3.3. Die Fragestellung	178
3.4. Das Programm	183
3.5. Anerkennung als intersubjektive Kategorie im Zusammenhang von Moral und Person	189
3.6. Anerkennung als sozialintegratives Konzept im Zusammenhang von Moral und Ordnung	204
III. Drei Antworten: Recht, Gemeinschaft, Diskurs	
0. Hinführung	214
1. Anerkennung als Allokationsproblem von Status (John Rawls)	215
1.1. Anerkennung und Gerechtigkeit: Soziale Gerechtigkeit als Fairness	217
1.2. Anerkennung und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung	226
1.3. Selbstvertrauen, Selbstwertgefühl und Scham	233
1.4. Anerkennung und Wohlordnung: der „Gerechtigkeitssinn“	238
2. Anerkennung als Identitätsressource (Charles Taylor)	249
2.1. Das gemeinschaftliche Selbst	251
2.2. Anerkennung des Selbst	259
2.3. Politik der Anerkennung	266
Exkurs: Anerkennung und Toleranz	280
3. Anerkennung in und durch Verfahren (Jürgen Habermas)	288
3.1. Die diskursive Form von Anerkennung	289
3.2. Achtung und Solidarität	299
3.3. Politik der Anerkennung	306

4. Fazit	323
IV. Intermediäres Engagement im Diskurs der Zivilgesellschaft: Aktuelle Kontexte und Formen von Anerkennung	
0. Hinführung	327
1. Intermediäres Engagement	330
2. Formen intermediären Engagements (Ehrenamt, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement)	344
2.1. Das Ehrenamt	344
2.2. Die Selbsthilfe	348
2.3. Bürgerschaftliches Engagement	351
3. Anerkennungspotentiale in den Formen intermediären Engagements	356
3.1. Ehrenamt („volunteering“)	357
3.1.1. Die gesellschaftsdifferenzierende und machtgenerierende Funktion von Ehre	358
3.1.2. Die integrierende Funktion von Ehre	362
3.1.3. Zum Anerkennungspotential des Ehrenamtes	367
3.2. Bürgerschaftliches Engagement	370
3.2.1. Formen und Motive	370
3.2.2. Engagement zwischen „Eigennutz und Gemeinnutz“	376
3.2.2.1. Engagement in „eigener Sache“	377
3.2.2.2. Die zivile Ausrichtung bürgerschaftlichen Engagements	380
3.2.3. Zum Anerkennungspotential bürgerschaftlichen Engagements	386
3.3. Zusammenfassung	390
V. Kritische Schlussbetrachtung und Ausblick auf eine Politik der Anerkennung	
Literaturverzeichnis	416

0. Einleitung

Die hier vorgelegte Untersuchung zur Semantik und Rationalität von Anerkennung will einen soziologischen Zugang zu einem moralischen Begriff vor dem Hintergrund aktueller Kontroversen schaffen, wie sie vor allem im Bereich des Politischen stattfinden. Die politische Theorie erlebt gegenwärtig eine Hochkonjunktur. Das belegen die jüngsten Debatten über Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen Fragen sozialer Integration in pluralistischen Gesellschaften sowie der aktuelle Diskurs der Zivilgesellschaft über bürgerschaftliches Engagement angesichts der Krise des Sozialstaates. Geführt werden diese Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der drei wichtigsten sozialphilosophischen und politisch-philosophischen Positionen: des Liberalismus, des Kommunitarismus und der Diskurstheorie. Anerkennung spielt darin eine wichtige Rolle. Ohne selbst immer auch namentlich, z.B. als Etikett eines politischen Programms, benannt zu werden, geht es in allen politischen Forderungen nach mehr oder weniger Staat bzw. nach mehr oder weniger Eigenverantwortung auf Seiten der Bürger im Kontext von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer um die Anerkennung von Menschen als Träger bestimmter Rechte und Freiheiten. Eine stabile soziale Ordnung wird allein aus der möglichst gleichmäßigen Berücksichtigung aller Anerkennungskontexte, in denen Menschen in Gemeinschaften stehen, hergestellt. Darin besteht der innere Zusammenhang zwischen Anerkennung und sozialer Gerechtigkeit. Das ist eine der entscheidenden Anforderungen an eine Politik der Anerkennung.

In diesem Zusammenhang sollen vier Punkte gezeigt werden: 1. Die Suche der Menschen nach Anerkennung hat sich unter modernen Bedingungen der Individualisierung grundlegend verändert. Individualisierungsprozesse sind ambivalent. Sie verschärfen zwar die Suche nach Anerkennung, schaffen aber auch neue Anerkennungskontexte und erzeugen darin auch neue Formen von Anerkennung. 2. Anerkennung besitzt eine stabile Identität und darüber eine soziale Stabilität herstellende und verbürgende Potenz. Moralische, rechtliche, politische oder kulturelle Anerkennungskontexte ermöglichen durch Formen affektiver Zuwendung, formeller Verfahren und Rechte sowie durch politische Institutionen und Korporationen auf Seiten der Individuen eine positive Selbstbeziehung (Selbstachtung) entwickeln zu können. Aus der sich daraus entwickelnden Fähigkeit zu wechselseitiger Anerkennung (Solidarität) speisen sich die moralischen Grundlagen einer stabilen sozialen Ordnung. 3. Idealtypisch werden auf die sich verschärften Bedingungen für Anerkennung von liberaler (John Rawls), von kommunitaristischer (Charles Taylor) und von diskursethischer Seite (Jürgen Habermas) drei Antworten gegeben: Eine Politik

der Anerkennung sucht sowohl eine stabile Identität als auch eine stabile gesellschaftliche Ordnung herzustellen, und dies entweder über die Zuteilung bestimmter sozialer Grundgüter (Rawls), über die Schaffung kultureller Ausdrucksräume für das jeweilige individuelle Selbstverständnis (Taylor) oder schließlich über bestimmte kommunikativ angereicherte Verfahren (Habermas). Anerkennung ist damit entweder ein rechtlich zu sichernder Verteilungs-, ein durch bestimmte Gemeinschaftswerte zu aktivierender Gestaltungs- oder ein moralisch gehaltvoller Verfahrensgegenstand. 4. Formen intermediären Engagements (Ehrenamt, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement) können als individualisierte Anerkennungsformen verstanden werden, insofern sich in ihnen das durch Individualisierungsprozesse gesteigerte Bedürfnis nach Anerkennung ausdrückt. Sie sind selbst zu einem Teil individueller Anerkennungsverhältnisse geworden. Das zeigt sich paradigmatisch in der Entwicklung hin zu einem neuen Ehrenamt. Zusammen mit Formen bürgerschaftlichen Engagements ist es Ausdruck eines individuellen Bedürfnisses nach Anerkennung, das sich aber in freiwilligen, selbst gewählten und gestalteten (Ver-)Gemeinschaftsformen äußern will.

Damit versteht sich diese Arbeit als eine bestimmte, eben anerkennungstheoretische Lesart des Diskurses zwischen Liberalen, Kommunitaristen und Diskurstheoretikern über die veränderten Rahmenbedingungen für Anerkennung (Individualisierung/Deutung), über den Stellenwert von Anerkennung für Person und Ordnung (Anerkennungstheorie/Bedeutung), über Wege und Mittel Anerkennung politisch zu sichern bzw. zu erzeugen (Politik der Anerkennung/Ziele) und über das Anerkennungspotential intermediären Engagements (Anerkennungsformen/Kontexte). Aus diesen Diskussionskontexten ergibt sich der Duktus der Arbeit:

Im I. Kapitel geht es um die *Deutung* der Gesellschaft als einer durch Prozesse der Individualisierung gekennzeichneten Gesellschaft. Die These ist, dass diese Prozesse die Lebenswelt der Menschen derart verändert haben, dass sich die Suche nach Anerkennung verändert und verschärft hat. Diese kann auch in einen „Kampf um Anerkennung“ (Axel Honneth) umschlagen. Anerkennung ist zum Problem geworden. Sie wird heute nicht mehr selbstverständlich zugeteilt, sondern muss von den Individuen selbst erworben, erkämpft oder verteidigt werden. Das ist eine „prekäre“ Situation. Die Ausbildung und Entwicklung einer eigenen Identität und die Führung des eigenen Lebens muss ohne „gesellschaftlich vorab festgelegtes Drehbuch“ (Ulrich Beck) erfolgen. Es gibt keine Orientierungsvorgaben und Einordnungen in bestimmte Muster oder

Rollen mehr. Diese einerseits gewonnene Freiheit und Entscheidungsautonomie wird andererseits als Zwang erlebt. Menschen müssen aus einer Vielzahl von Optionen selbsttätig wählen und entscheiden. Sie können dies nicht delegieren. Gegenüber traditionellen Gesellschaften gibt es keine Anerkennungsgarantien mehr, wie sie einst durch Geburt oder den Stand gesellschaftlich vorgegeben waren. Obschon die Demokratie als eine entscheidende Errungenschaft der Moderne Menschen prinzipiell gleiche Freiheiten und Chancen zur Selbstentfaltung, zur Ausbildung von Selbstachtung und damit zur Erfahrung sozialer Wertschätzung gewährt, ihre Personwürde schützt und ihren Mitgliedern durch Bürgerrechte grundsätzliche Anerkennung entgegenbringt, ist es für Menschen unter modernen Bedingungen dennoch schwerer geworden, selbsttätig ein Bewusstsein von sozialer Zugehörigkeit und eine daraus erwachsende, stabile Identität entwickeln sowie Anerkennung erfahren und selbst herstellen zu können.

Kapitel II will die *Bedeutung* der Anerkennung für Individuum und Gesellschaft bzw. für Person und Ordnung im Rahmen einer Anerkennungstheorie explizieren. Damit soll die anerkennungstheoretische Perspektive, die der hier vorliegenden Arbeit zugrunde liegt, substantiiert und präzisiert werden. Dafür werden nach Hegel die beiden zentralen Anerkennungstheorien von Axel Honneth und Rainer Forst vorgestellt. Es wird dabei zweierlei deutlich: Die Dimension der Anerkennung hat für die Konstitution eines stabilen Selbst eine wesentliche Bedeutung. Es besteht ein wechselseitig konstitutiver Zusammenhang zwischen Anerkennung und Identität. Anerkennung ist dabei ein moralisches Gut, welches eine aktiv-zuschreibende Dimension im Sinne des *Anerkennens*, eine passiv-empfangende Dimension im Sinne des *Anerkanntseins* und eine reflexiv-wechselseitige Dimension im Sinne des *Sichanerkennens* besitzt. [Forst 1994, 415.424] Darüber gelangt das Subjekt zu einer stabilen und kohärenten Identität, dass es bestimmte Modi der Anerkennung gibt, wie z.B. bestimmte Rechte oder bestimmte Gemeinschaften, wie Freundschaften oder Vereine, die den Einzelnen in einer bestimmten Weise oder als bestimmte Person anerkennen (z.B. als rechtsfähige Person, als Freund oder als Mitglied), dass das Subjekt sich anerkannt weiß durch sein Gegenüber, und dass es über die aktive Anerkennung und das Anerkanntsein die Möglichkeit erhält, sich selbst anerkennen zu können, d.h. eine positive Selbstbeziehung herzustellen. Eine solche positive Selbstbeziehung drückt sich darin aus, dass das Subjekt Selbstvertrauen, Selbstschätzung und Selbstachtung entwickeln kann. Damit wird Anerkennung auch für die Gesellschaft und ihren Zusammenhalt bedeutsam. Eine stabile Gesellschaft setzt ein Verhalten aktiver wechselseitiger

Anerkennung auf Seiten seiner Mitglieder voraus. Achtung, Solidarität und Gleichheit sind Ausdruck eines solchen Verhaltens. Darin ist Anerkennung in soziologischer Hinsicht von Bedeutung. Anerkennung ist eine bestimmte moralische Kommunikation und gehört zur moralischen Infrastruktur einer Gesellschaft.

Zum zweiten machen Anerkennungstheorien deutlich, dass die Entwicklung und Ausbildung von Identität in verschiedenen sozialen, lokalen wie globalen Kontexten (Familie, Recht, Wirtschaft, Staat und Politik, Kultur) stattfindet. Unter modernen Bedingungen des Pluralismus vermag nicht mehr nur *ein* Kontext die für eine stabile Identität nötige Anerkennung herzustellen. So genügt nicht allein die Anerkennung in Form beruflichen Erfolges, um wechselseitige Anerkennung, also Selbstachtung und soziale Wertschätzung zu erzeugen und zu erfahren. Wenn sich auch der Grad an Anteilen bestimmter Kontexte an der Stabilität einer Identität nicht quantifizieren lässt, so doch zumindest in der Weise qualifizieren, dass jedes Selbst mit verschiedenen Rollen in unterschiedlichen sozialen Kontexten steht. Darin herrschen unterschiedliche Anerkennungsverhältnisse, die *komplementär* wirken. Das Selbst will zugleich als Liebender in Partnerschaften, als mit Rechten ausgestattetes Subjekt in Rechtsverhältnissen, als Staatsbürger im Staat, als Mensch mit Würde in der universalen Menschheitsfamilie anerkannt werden, anerkannt sein und sich jeweils selbst anerkennen können. Insgesamt zeigen Anerkennungstheorien, dass Anerkennung ein moralisches Gut ist, das im Zusammenspiel von Differenzierung und Integration den „sittlichen“ Zusammenhalt moderner Gesellschaften fördert. Anerkennung wird selbst zum Maßstab einer gehaltvollen „sozialen Rationalität“ (Helmut Brentel), also zu einer Prädikationsgröße für emanzipatorisch anspruchsvolle Handlungsorientierungen. Die wechselseitige Anerkennung eines freien Selbst wird dabei zur Grundbedingung stabiler Identität und sozialer Integration.

Unter „Soziologie der Anerkennung“ wird versucht Anerkennung soziologisch zu lokalisieren und zugleich als sozialetisches Konzept vorzustellen. Dabei handelt es sich ausdrücklich um Vorarbeiten zu einer Soziologie der Anerkennung, die eine Art wissenschaftstheoretisches Anforderungsprofil skizzieren. Eine Soziologie der Anerkennung fragt nach dem Selbst des Individuums und nach den sozialen Realisierungsorten und -möglichkeiten „kohärenter Identität“, die auf der Erfahrung wechselseitiger Anerkennung basiert. Dabei verfährt sie *soziologisch* derart, dass sie der Frage nachgeht, *wie* sich das Bedürfnis nach Anerkennung gesellschaftlich, also in Formen von Politik, Recht und Kultur artikuliert. Auf einer Beobachterebene zweiter

Ordnung rekonstruiert sie dafür ein Verständnis von Anerkennung als das einer spezifischen Rationalitätssemantik, die neben anderen auf Probleme identitätsbezogener und sozialer Integration abstellt. Anerkennung erscheint in diesem Zusammenhang als Maßstab sozialer Rationalität. In programmatischer Hinsicht versteht sich eine Soziologie der Anerkennung als Moralsoziologie, die zwischen Ethik und Psychologie Anerkennung einmal in ihrer intersubjektiven Dimension im Zusammenhang von Moral und Person und zum anderen in ihrer sozialintegrativen Dimension im Zusammenhang von Moral und Ordnung entfaltet. Sie nimmt damit unwillkürlich selbst einen moralischen Standpunkt ein, denn in jeder Beobachtung und Rekonstruktion von Moral bzw. von moralischen Kommunikationen und Diskursen liegen immer schon kontrafaktisch zu dem Beschriebenen bestimmte Sittlichkeitsvermutungen und -zumutungen.

Kapitel III will die *Ziele* von Anerkennung im Zusammenhang bzw. in Form einer „Politik der Anerkennung“ benennen und rekonstruiert hierfür exemplarisch die Positionen von John Rawls (politischer Liberalismus), von Charles Taylor (Kommunitarismus) und von Jürgen Habermas (Diskursethik). Dabei wird der jeweilige Zusammenhang von Moral, Person und sozialer Ordnung offen gelegt. Ausgehend von der moralischen Grundidee des Liberalismus, nämlich der autonomen Selbstbestimmung des eigenen Lebens, die durch das Recht bzw. die Rechte unbedingt geschützt werden muss, und die die Anerkennung des Individuums sowohl als Autor als auch als Adressat des Rechts verlangt, erweitert *John Rawls* das Problem einer gerechten sozialen Ordnung und das der Anerkennung über die bloße Orientierung an Prinzipien gleicher Freiheits- und Partizipationsrechte hinaus auf die Legitimation gerechter Verteilungsgrundsätze von sozialen und ökonomischen Grundgütern und einer darauf abgestimmten „wohlgeordneten“ Gesellschaftsstruktur. Das ist die Aufgabe einer Politik der Anerkennung: die legitimatorisch-verfahrensrechtlichen und die verteilungsstrukturellen Voraussetzungen in einer Gesellschaft zu schaffen, damit jeder über ein ausreichendes Maß an sozialen Grundgütern verfügt. Das sind die Voraussetzung und zugleich die Mittel sozialer Anerkennung.

Für Rawls wird Anerkennung damit zu einem Allokationsproblem von Status. Anerkennung drückt sich im Status, d.h. in der relativen Stellung einer Person innerhalb einer gegebenen oder auch aufgegebenen Güterverteilung aus. Als wichtigstes soziales Grundgut gilt Rawls die Selbstachtung. Damit wird eine Theorie der Anerkennung als Gütertheorie (Theorie des Guten) konzipiert, wonach eine Gesellschaft dann gerecht ist, wenn sie mit solchen Strukturen und Verfahren ausgestattet ist, dass soziale Grundgüter, wie Einkommen, Ämter und

Positionen, Chancen und Freiheiten, derart verteilt sind, dass sie das höchste Gut, die Selbstachtung, befördern. Das Bedürfnis nach öffentlicher Anerkennung wird durch das Vorhandensein gerechter Institutionen befriedigt, also über die öffentlich bekräftigte Zuteilung von Grundrechten und Grundfreiheiten. Für Rawls gehört es zu einem der psychologischen Grundgesetze, dass sich Anerkennung im Sinne von wechselseitiger Selbstachtung nur in Abhängigkeit von der Erfahrung entwickeln und entfalten kann, wie Menschen und Institutionen das Wohl des einzelnen befördern. In diesem Sinne ist Anerkennung in inhaltlicher wie in funktionaler Hinsicht von einer *gerechten* Gesellschaft abhängig.

Für *Charles Taylor* bezieht sich der Gegenstand der Anerkennung nicht mehr nur auf die leibliche Unversehrtheit und die abstrakte Rechtsperson, sondern auf die Wertschätzung der konkreten individuellen Identität und ihren Lebensentwurf. Anerkennung und Identität sind korrelativ. Das einzelne Subjekt bedarf der Anerkennung durch die ihn umgebenden und für ihn relevanten Gemeinschaften, um ein Gefühl der Selbstwertschätzung zu erfahren. Anerkennung ist die Wertschätzung der je besonderen Identität. Damit das Subjekt in seiner besonderen Identität durch die Anderen anerkannt werden kann und zugleich selbst die Anderen in ihrer je individuellen Identität anerkennen kann, bedarf es eines gemeinsamen Horizontes an Werten, eines Bedeutungsraumes, in dem es „situiert“ ist, und in dem die je eigenen Güter und Werte als wertvoll betrachtet werden. Aus ihm bezieht das Subjekt die Kategorien und Bausteine seines Selbstverständnisses, die Güter, Werte, Bilder, Gemeinschaftsmodelle und narrativen Muster. Sie stecken den Spielraum individueller Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung ab. Dabei determinieren sie nicht die Identität, sondern legen als Leitwerte die „Hinsichten“ und Optionen fest, nach denen sich Individuen bestimmen und definieren. Das individuelle Selbstverständnis als „situated subject“ ist nicht unabhängig von den sozialen Praktiken und Wertvorstellungen sowie der darin zum Ausdruck kommenden kollektiven Identität. Insofern sich das Subjekt die Wertvorstellungen seiner Gemeinschaft zu Eigen macht, um die identitätsnotwendige Anerkennung zu erfahren, sichert es auf diese Weise zugleich den kulturellen Bestand dieser Gemeinschaft. Anerkennung wird auf diese Weise zum Kriterium gelingender personaler Identität und einer stabilen Gemeinschaft. Aus diesem konstitutiven Zusammenhang zwischen individueller und kollektiver Identität resultiert die Forderung nach dem staatlichen Schutz bzw. der Förderung von Gemeinschaften und ihrer kulturellen Rechte.

Eine Politik der Anerkennung verlangt, dass eine politische Gemeinschaft eine im starken Sinne kulturell integrierte, sittliche Gemeinschaft sein muss, um soziale Einheit, demokratische Selbstregierung und Solidarität zu ermöglichen. Nur in einer solchen Gemeinschaft kann ein Subjekt seine Identität als Selbst, als Rechtsperson und als Staatsbürger entfalten und notwendige Loyalitäten entwickeln. Die Politik einer Zivil- bzw. Bürgergesellschaft wird dabei zugleich individuellen wie kollektiven Zwecken gerecht: Sie muss einerseits dem sozial konstituierten und kulturell situierten Selbst Entfaltungs-, Verwirklichungs- und Artikulationsmöglichkeiten über partizipatorische Prozesse in lokalen Gemeinschaften einräumen und zugleich diese Prozesse als Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen betrachten, damit Politik auch das ist, was sie sein soll: kollektive Selbstbestimmung durch das Volk im Interesse des Bürgers. Der Bereich des Politischen ist dabei keine Voraussetzung, sondern Bestandteil des guten Lebens. Er ist kein neutraler Raum. Nur wenn der Staat die „starken Wertungen“ seiner Mitglieder verkörpert und reflektiert, wird Politik nicht als äußere Einflussgröße verstanden, die in die je eigenen Lebenspläne eingreifen will, sondern als Artikulations- und Ausdrucksraum zur expressiven Entfaltung des jeweiligen Selbstverständnisses.

Politik der Anerkennung ist auch für *Jürgen Habermas* im Kern Identitätspolitik, insofern hinter der Forderung nach politischer Integration stets die Forderung nach Anerkennung bestimmter Identitäten steht, die sich über Kommunikation und Deliberation erst herstellen. Der in der Theorie kommunikativen Handelns vollzogene „linguistic turn“ eröffnet nach Habermas eine Perspektive, die zum einen die falsche Alternative von Gemeinschaft und Gesellschaft sprengt, und die zum anderen einen für Differenzen sensiblen Universalismus begründet, in dem der gleiche Respekt für jedermann sich nicht nur auf Gleichartige, sondern auch auf die Person des Anderen oder der Anderen in ihrer Andersartigkeit erstreckt. Anerkennung ist immer auch Anerkennung des Anderen. Darüber konstituiert sich eine moralische Gemeinschaft, die den jeweils Anderen mit einbezieht. Die Grenzen der Gemeinschaft sind dabei für alle offen. Die Diskursethik berücksichtigt den Einzelnen sowohl in seiner Einzigartigkeit und Unverwechselbarkeit als auch in seiner strikten Verwiesenheit auf den Anderen, mit dem er eine Lebenswelt gemeinsam teilt. Individualität und Sozialität des Selbst kommen darin zum Ausdruck, dass jedes diskursiv erzielte Einverständnis einerseits von der nicht-substituierbaren Ja/Nein-Stellungnahme eines jeden Einzelnen abhängt als auch von der reziproken Übernahme der Perspektive des Anderen. Die moralische Kraft zu einem bestimmten Handeln resultiert aus der Unparteilichkeit und Autonomie garantierenden, argumentativen Praxis

öffentlicher Rechtfertigung, wie sie der Diskurs gewährt. Durch die verallgemeinerte gegenseitige Perspektivenübernahme wird der Einzelne gezwungen, sich in das Selbst- und Weltverständnis seines Gegenübers sowohl „einzufühlen“ als auch „interpretatorisch zu intervenieren“. Jeder muss dabei sein je eigenes Selbst- und Weltverständnis prinzipiell für Revisionen offen halten. Die moralische Rücksichtnahme gebührt sowohl dem unvertretbar Einzelnen, der die gleiche Achtung verlangt, wie dem Mitglied einer Gemeinschaft, für das solidarisch Verantwortung übernommen werden soll. Für Habermas sind in der reziproken Anerkennung als zurechnungsfähige Subjekte, die ihr Handeln an Geltungsansprüchen orientieren, bereits die Ideen von Gerechtigkeit und Solidarität gegenwärtig.

Die Gestaltung der Politik vollzieht sich in der kommunikativen Alltagspraxis, in der sich kognitive Deutungen, moralische Erwartungen, Expressionen und Wertungen einander durchdringen. Diskurse und Verhandlungen bilden dabei den Ort, an dem sich ein vernünftiger politischer Wille ausbilden kann. Die Fairness solcher Diskurse und Verhandlungen wird durch diskursiv begründete Verfahren gesichert. Die politischen Kommunikations- und Verständigungsprozesse laufen wie alle anderen Prozesse vor dem Hintergrund der Lebenswelt und bedürfen ihrer Ressourcen: der kulturellen Überlieferungen und Wissensbestände (Kultur), der sozialen Integration und erworbenen Kompetenzen (Persönlichkeit) sowie der Sozialisation und Anerkennung von Normen (Gesellschaft). „Deliberative Politik“ verwirklicht sich in der Institutionalisierung entsprechender Verfahren. Die Diskurstheorie rechnet mit einer höherstufigen Intersubjektivität von Verständigungsprozessen, die sich einerseits in der institutionalisierten Form von Beratungen in parlamentarischen Körperschaften sowie andererseits im Kommunikationsnetz politischer Öffentlichkeiten vollziehen. In solchen „Arenen“ für die Wahrnehmung, Identifizierung und Behandlung gesamtgesellschaftlicher Probleme werden informelle Meinungen gebildet und in institutionalisierte Wahlentscheidungen sowie in legislative Beschlüsse transformiert. Hier entsteht eine kommunikativ erzeugte Macht, die in administrativ verwendbare Macht überführt wird. Die administrativ verfügbare Macht ist legitimatorisch von der kommunikativen Macht der Verfahren und demokratischen Meinungs- und Willensbildung abhängig. Letztere kontrolliert und programmiert die politisch-administrative Macht. Die Diskurstheorie sieht die Funktion solcher Verfahren und demokratischen Prozesse in der „diskursiven Rationalisierung der Entscheidungen einer an Recht und Gesetz gebundenen Regierung und Verwaltung“.

Diese vergleichende Zusammenschau der drei wichtigsten Vertreter jener Positionen, die die sog. „Kommunitarismus-Debatte“ inhaltlich kennzeichnen, zeigt folgendes: Als das wichtigste Ziel einer Politik der Anerkennung gilt allen drei Positionen gemeinsam die Schaffung einer stabilen, d.h. wohlgeordneten, gemeinschaftlichen oder kommunikativen sozialen Ordnung, die entweder über eine bestimmte Güterverteilung, über die Schaffung bestimmter lokaler Selbstverwirklichungs- und Artikulationsmöglichkeiten oder über deliberative Prozesse hergestellt wird. Dahinter steht in normativer Hinsicht die Anerkennung der Menschen in bestimmten Hinsichten (als ein mit Rechten ausgestattetes, als situiertes oder als sprachfähiges Subjekt). Politik der Anerkennung ist damit immer Identitätspolitik. Anerkennung selbst erscheint darin entweder als ein zur Verteilung stehendes soziales Grundgut, als ein kultur- bzw. gemeinschaftsabhängiger Leitwert, nach denen sich Individuen bestimmen und definieren, oder als eine kommunikative Kraft, die lebensweltliche Verständigungsprozesse ermöglicht. Anerkennung spielt in allen drei Positionen eine identitätskonstitutive Rolle, die darüber normativ gesellschaftliche Gestaltungsmacht erhält.

Im Unterschied zum ersten Kapitel geht es im IV. Kapitel nicht um die theoretischen und begrifflichen Unterschiede im Konzept des Individualismus, sondern um das *sozialstaatliche Vorzeichen* des Individualismus. Es geht um die Verhältnisse, in denen die Individuen ihre Lebensführung, ihre Lebensformen und sozialen Bindungen unter sozialstaatlichen Vorgaben selbst herstellen müssen. Vor dem Hintergrund der bundesdeutschen Diskussion um den Sozial- und Wohlfahrtsstaat wird gezeigt, wie sich neue Formen und Kontexte sozialer Anerkennung ausgebildet haben: Selbsthilfe, Bürgerschaftsengagement und Ehrenamt. Solche Formen intermediären Engagements werden in einer bestimmten Weise diskutiert; nämlich als soziale Bewegungen und Netzwerke, die Ausdruck des individuellen Wunsches nach Anerkennung sind. Sie sind Reaktionen auf sozialstaatliche „Anerkennungslücken“, also auf sozialstaatliche Missachtungserfahrungen. Dort, wo der Staat aus unterschiedlichen Gründen keine Hilfs- und Unterstützungsangebote bieten kann, organisieren sich aus einem frei flottierenden Engagementpotential auf Seiten der Bürger gleichsam individualisierte Formen freiwilligen Engagements, die gegenüber traditionellen Formen stärker selbstbezogen und biographiegesteuert sind. Das zeigt vor allem die Entwicklung des „neuen Ehrenamtes“.

Damit schließt sich gleichsam der Kreis der Arbeit, insofern das Aufkommen und die Ausprägungen jener Formen intermediären Engagements als Ausdruck von Individualisierungsprozessen verstanden werden können und zugleich als

Reaktion auf die sich dadurch veränderten und verschärften Bedingungen, unter denen der Einzelne Anerkennung erfahren kann. Als *Anerkennungsformen* verstehen sich intermediäre Engagements als ein wichtiger Beitrag zur Ausbildung und Stabilisierung von Identitäten und zur Integration des sozialen Gemeinwesens. Sie besitzen, so die These, Anerkennungspotential. Intermediäre Engagements haben eine integrierende Funktion, weil sie kohäsive Kraft hinsichtlich des Selbst und seiner Identität in Form von Selbstachtung sowie hinsichtlich der Gesellschaft in Form von Solidarität besitzen bzw. erzeugen helfen. Sie sind eine „Ressource der Solidarität“.

Dass soziale Netzwerke nicht immer soziale und identitätsbezogene Unterstützung leisten, dass nicht alle Formen intermediären Engagements Solidaritätsressourcen sind und als solche wirken, dass Gemeinschaften nicht immer Ausdrucks- und Entfaltungsräume des Selbst sind, sondern auch regressive Formen annehmen können, und dass angesichts der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen keinesfalls die Gemeinschaft und der Appell an Bürgertugenden allein als Lösungsinstrumente gelten können, ist wichtig herauszustreichen in einer von einem bestimmten vorherrschenden *Pathos* gekennzeichneten Diskussion. Da ist vor psychologischer Monokausalität zwischen sozialer Nähe und stabiler Identität genauso Skepsis und Vorsicht anzumelden, wie vor romantischer Verklärung und Überhöhung des Gemeinschaftsideals und schließlich auch vor einer voraufgeklärten Remoralisierung von Politik. Das Gleiche gilt aber auch für das jeweils behauptete Gegenteil. Selbstverständlich bedarf der Mensch zur Ausbildung einer stabilen Identität persönlicher und sozial nah gestalteter Kontakte und Gemeinschaften, selbstverständlich bieten Gemeinschaften und soziale Netzwerke aufgrund ihrer Überschaubarkeit und ihrer kulturellen und moralischen Geschlossenheit Orientierungsmöglichkeiten, und selbstverständlich kommt eine Politik nicht ohne einen bestimmten moralischen Grundkonsens auf Seiten der sie stützenden Bürger aus.

In positioneller Hinsicht geht es hier also nicht um ein Plädoyer für eine der drei Grundpositionen (Liberalismus, Kommunitarismus und Diskursethik), sondern um die Notwendigkeit einer integrierenden Perspektive: Eine stabile soziale Ordnung stellt sich über die gleichmäßige Berücksichtigung jener Anerkennungskontexte her, in denen Menschen in Gesellschaften stehen. Um dies leisten zu können, bedarf es sowohl rechtlicher, gemeinschaftlicher als auch deliberativer Instrumente.

Hinter dieser Position steht ein bestimmter *Standpunkt* hinsichtlich der Möglichkeit eines soziologischen Zugangs zu Anerkennung und des damit

zusammenhängenden Moralproblems in den Sozialwissenschaften. Dieser läuft gleichsam im Hintergrund der Darstellung mit. Als systematisch-normative Vorentscheidung soll dieser Standpunkt zumindest im Grundsatz vorab skizziert werden. Die Frage nach Anerkennung, ihre Funktion und Leistung im Hinblick auf eine stabile Identität und eine stabile soziale Ordnung wurde vornehmlich an die Sozialpsychologie und die Philosophie abgegeben. Die in den Sozialwissenschaften lange vernachlässigten Fragen nach den Dimensionen der mitmenschlichen Verfasstheit, des Aufeinander-Bezogenenseins, des Für-Andere-Seins, des Miteinanderseins rücken angesichts vielfältiger sozialer Probleme wieder in den Blick. [Lüschen 1998] Als Grund für die sozialwissenschaftliche Vernachlässigung bzw. Ausklammerung dieser Fragen mögen die sich in der Aufklärung entfaltende Idee des selbständigen und autonomen Individuums, die Entdeckung der Cartesianischen Evidenz des seiner selbst gewissen Subjekts und die Ausweitung eines Rationalitätsverständnisses gelten, welches im Positivismus und seinen Ausläufern bis heute wirkt und den soziologischen Diskurs „werturteilsfrei“, aber in Wirklichkeit wertfrei halten will. Die lebendige Beziehung und Begegnung zwischen Mensch und Mensch wird unter diesem Verdikt der „res cogitans“ auf den abstrakten Begriff der Subjekt-Objekt Beziehung reduziert. Dieses verstellt jedoch den Blick auf die fundamentalen Dimensionen der Anerkennung im menschlichen Dasein.

Auf diese Ausklammerung des „Allzumenschlichen“ hat vor allem der Kommunitarismus aufmerksam gemacht, der den aus dieser Haltung resultierenden Solipsismus und Atomismus des Selbst nachhaltig kritisiert. [Junge 1998] Eine sich daran orientierende Gesellschaftswissenschaft vermag nur eine Gesellschaft vereinzelter Individuen zu denken und kann damit nur sehr unzureichend das Problem sozialer Kohäsion erfassen. Das Ich kommt nicht schon als vernünftiges „Ich denke“ auf die Welt, sondern ist in seinem „Ichsein“ auf soziale Bezüge angewiesen, ohne die es nicht sein könnte. Dieser Umstand wird ausgeblendet, wenn das menschliche Sein nur in Gestalt des Selbstbewusstseins und wesentlich als Selbstverhältnis verstanden wird. Die Frage nach Anerkennung provoziert einen moralischen Standpunkt, von dem aus die Frage gestellt wird, wie sich das Subjekt als Selbst konstituiert, wie der Mensch im sozialen Kontext handelt, und wie eine Ordnung menschlichen Zusammenlebens aussehen soll. Eine soziologische Thematisierung von Anerkennung versteht sich dabei als eingeordnet in einen grundsätzlichen Diskurs über Moral und Gesellschaft. [Firsching 1994] Ein solcher Diskurs gerät jedoch im Zuge der weltanschaulichen Umbrüche und der Säkularisierung aller Wissensbestände, die zuerst eine religiöse und dann philosophisch-ethische

Begründung individueller wie politischer Moral unmöglich werden ließen, unter Ideologieverdacht. Allen soziologischen Modellen, die die Frage nach sozialer Kohäsion unter Rekurs auf die Bindungskräfte der Moral beantworten wollen, wird mehr oder minder unterstellt, mit Hilfe einer solchen Moral bestimmte Machtverhältnisse stützen oder verschleiern zu wollen.

Mit Emile Durkheim wird diese Problematik der moralischen Integration des Sozialen wieder in die Soziologie eingeführt. Er identifiziert moralische mit sozialen Tatsachen und verknüpft auf diese Weise Fragen der strukturellen Integration der Gesellschaft mit Fragen nach den „sozialen Banden“ zwischen individualisierten Individuen. Der damit in Gang gesetzte Prozess der „*Moralisierung der Soziologie*“ durch Wiedereinführung moralwissenschaftlicher Argumente speist sich aus der wachsenden Fortschrittsskepsis und der andauernden Sorge um den Zustand der gesellschaftlichen Moralökologie. Mit der Hoffnung auf den „Kult des Individuums“ (Durkheim) und auf das Wiedererstarken der moralischen Integrationsfähigkeit der Gesellschaft, z.B. im modernen Programm der Zivilgesellschaft, sucht man nach Auswegen. Moralisation bedeutet in diesem Zusammenhang die konzentrierte Suche nach neuen Formen der Gemeinschaftsbindung und der Vergemeinschaftung, die auf moralischer Kohärenz und einem Zusammengehörigkeitsgefühl beruhen. Dabei kehren „unter der Hand“ Elemente wieder, wie z.B. Parsons Konzept der gesellschaftlichen Gemeinschaft, ein Interesse an der Schaffung neuer und der Wiederbelebung alter Werte, ein Interesse an „Wertschöpfung“ oder an „Solidaritätsproduktion“, wie es Richard Münch [1997, 141] formuliert. Der Versuch des Liberalismus ohne Rückgriff auf solche Konzepte von Gemeinwohl, Gemeinschaft oder integrierender Wertbindungen zu verfahren, trägt allerdings ebenfalls zu einer solchen „Moralisierung der Soziologie“ bei, weil liberale Ansätze „die Konzepte von Sozialintegration und Gemeinschaft in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken und dabei übersehen: >Gemeinschaft ist ein moderner Begriff, der sich auf Vormoderne bezieht, um das moderne Problem der Gestaltung der Gesellschaft zu bewältigen<“. [Junge 1998, 50f]

Mit dem Fokus auf das Selbst und seine identitätskonstitutiven, sozialen und strukturellen Bedingungen erfolgt gleichsam eine „*Subjektivierung der Soziologie*“. Subjektivierung bedeutet, dass das Subjekt als entscheidender Motor von Vergesellschaftungsprozessen betrachtet wird. Die Form der Vergesellschaftung wird dabei als von den Entscheidungen der mit Handlungs- und Reflexionsfähigkeit ausgestatteten Subjekte abhängig gedacht. Damit sind die Subjekte in ihrer Subjektivität, ihrem Selbst und ihrer Identität für die

Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, für den Vergesellschaftungsprozess und damit für die Lösung des Problems sozialer Kohäsion von entscheidender Bedeutung. Im Rahmen der Individualisierungsthese wird dieser Vorgang erklärt und gestützt. Für Ulrich Beck ergibt sich daraus für die Gesellschaftstheorie die Aufforderung, „dass sie die Subjektivität handelnder Akteure stärker als bisher üblich berücksichtigen und einen angemessenen Subjekt- und Subjektivitätsbegriff entwickeln muss, die Aufgabe besteht in der Entwicklung einer >Soziologie des Individuums<“. [Beck/Beck-Gernsheim 1994, 30] Einer solchen „Subjektivierung der Soziologie“ stehen allerdings nicht unerhebliche Bedenken gegenüber.

Im Hinblick auf den Diskurs zwischen Liberalen und Kommunitaristen nimmt die hier vorliegende Arbeit hinsichtlich der ihr zugrundegelegten Anerkennungstheoretischen Perspektive eine *Zwischenstellung* ein. Eine Anerkennungstheoretische Perspektive unterstreicht mit dem Kommunitarismus die soziale Verfasstheit und Angewiesenheit des Selbst auf seine soziale Umwelt: Anerkennung und Identität sind wechselseitig konstitutiv. Mit dem Liberalismus wird die Autonomie des Selbst festgehalten: Diese Autonomie drückt sich in den Rechten des Selbst aus. Individuen haben einen rechtlichen, politischen und moralischen Anspruch auf Anerkennung. Ihre Person und Würde gilt es unbedingt zu achten. Gleichsam sind aber auch bestimmte Abgrenzungen notwendig. So muss gegenüber dem Kommunitarismus vor einer Überbetonung der Gemeinschaftsbindung gewarnt werden. Die Tendenz zu romantischen Verklärungen übersieht allzu leicht, dass Identifikationsgemeinschaften sich verändert haben, und dass Gemeinschaften jederzeit in regressive Gemeinschaften umschlagen können. Gegenüber dem Liberalismus müssen vor einer zu einseitigen Betonung von Staat, Recht und Markt als Organisationsprinzipien und Garanten sozialer Ordnung sowie vor einer Ökonomisierung ihrer sozialen Sichtweise Vorbehalte geltend gemacht werden. So lassen sich nicht alle Interaktionen und Konflikte letztlich auf ökonomische Interessen zurückführen.

Damit ist eine solche Anerkennungstheoretische Perspektive nichts anderes als eine *sozialethische Theorie*, die vor einem individualistischen und einem kollektivistischen Fehlschluss liberaler und kommunitaristischer Modelle Vorsicht anmeldet. Sie sucht die Zusammenhänge von Gesellschaftsstruktur, ökonomischen Verhältnissen, sozialen Beziehungen, kulturellen Symbolisierungen und (individuellen) Handlungen zu erhellen, um von dort aus nach der Bedeutung normativer Muster, wie das der Anerkennung, für individuelles Handeln und für gesellschaftliche Prozesse zu fragen. Sie will dabei

zeigen, dass Gesellschaft mehr ist als die Summe der Individuen, wie dies liberale Ansätze vermitteln, die bei dem kantischen Verständnis von Gesellschaft als Ansammlung von autonomen Individuen verhaftet bleiben, und auch mehr ist als die Summe von Kollektiven, wie dies die Kommunitaristen mit ihrem Fokus auf die konstitutive Rolle von Gemeinschaften in der Gesellschaft implizieren. Dementsprechend ist eine sozialetische Theorie wie der hier zu skizzierende Anerkennungstheoretische Standpunkt komplexer anzulegen. Die vordergründige Frage nach der Bedeutung von Moral für eine soziale Ordnung wird überführt in eine komplexe Inverhältnissetzung von Moral, Individuum, Gemeinschaft/Gesellschaft, Handlung und Institutionen/Systemen. Dadurch soll z.B. das Bedürfnis nach Anerkennung als Motor sozialer Prozesse wahrgenommen werden können, ohne dabei z.B. die funktionale Eigendynamik sozialer Prozesse und Systeme leugnen zu wollen. Eine derart komplexe Anerkennungstheorie sucht nach einer *integrierenden Perspektive*, in der Personen als Mitglieder verschiedener Gemeinschaften, in denen je unterschiedliche Formen und Inhalte von Anerkennung hergestellt und verteilt werden, in den Blick kommen (können).